



Für die Bürgerinnen und Bürger in den Stadtgebieten
Zellerau, Mainviertel, Nikolausberg und Steinbachtal

zellerauer kurier

Solidarität mit der Ukraine

Nr. 115, Oktober 2022

Die SPD vor Ort

Bildungszentrum Würzburg und Kompetenzzentrum für Energietechnik der Handwerkskammer für Unterfranken

Mittwoch, 19. Oktober 2022

17.00 Uhr Dieselstraße 10 (Eingang Bildungszentrum)

mit

Oliver Pabst, Geschäftsbereichsleiter Berufsbildungseinrichtungen

Bernd Bratek, Leiter Bildungszentrum Würzburg

Christopher Hauck, Leiter Kompetenzzentrum für Energietechnik
und **Stadtrat Udo Feldinger**

19 Uhr Gemütlicher Ausklang in der WFV-Gaststätte, Mainaustr. 32

Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger sind herzlich eingeladen.

Bitte auf Abstand achten und Mund-Nasen-Schutz mitführen.

SPD mit Stadtrat Udo Feldinger vor Ort im Mainviertel



zuständigen Ausschuss des Stadtrates beschlossene dauerhafte **Einbahnstraßenregelung in der Zeller Straße** und die Ergebnisse der Verkehrszählungen dar.

Hinsichtlich der Entlastung von Lärm und Abgasen sowie der Sicherheit für den Radverkehr wurde die Einbahnstraßenregelung grundsätzlich eher positiv bewertet. Die SPD Zellerau-Mainviertel und Stadtrat

Am 27. Mai hatte die SPD Zellerau-Mainviertel zum Treffpunkt am Schottenanger eingeladen. Einvernehmen bestand in der Diskussion, die bereits 2019 auf den Weg gebrachte **Erneuerung des Schottenangers** endlich umzusetzen und den gesamten Platz damit ansehnlicher und mit mehr Qualität für das Wohnumfeld zu gestalten. Nach den vorbereitenden Kanal- und Leitungsarbeiten, die 2020 abgeschlossen wurden, war das Vorhaben von der Stadt nicht weiter umgesetzt worden.

Neben einer Platzgestaltung mit mehr Grün sowie einer moderaten Reduzierung der Anzahl an PKW-Stellplätzen mit einer geänderten Anordnung wurde in der Diskussion vor allem die Schaffung von Fahrradstellplätzen angeregt, da die aktuelle Situation des Abstellens von Fahrrädern sehr unbefriedigend ist.

Nach den Planungen zum Schottenanger stellte Stadtrat Udo Feldinger auch die im Mai vom

Stadtrat Udo Feldinger kritisierten aber die komplett **fehlende Bürgerbeteiligung** beim gesamten Vorgehen der Stadt seit Einführung des Probebetriebes im September 2020.

In der breit geführten Diskussion wurde die Frage, warum nicht Einbahnstraße bergab, auch wegen der Abgasbelastung in den Zeiten des Geschäftsverkehrs, ebenso besprochen wie die Notwendigkeit von Nachbesserungen. Gefordert wurde für die Geschäfte in der Zeller Straße eine bessere Lösung für Kurzzeitparken und Anlieferungen sowie auf den Fußwegen mehr Platz, insbesondere bergab gegenüber der Deutschhauskirche.

Kritisch wurde die Verkehrsbelastung und der sehr hohe Parkdruck im gesamten Mainviertel diskutiert. Es bestand Einvernehmen, dass ein **Ausbau des ÖPNV** aber auch **Parkmöglichkeiten**, vor allem für Menschen, die in der Stadt arbeiten, notwendig sind. ■

Fahrradstraße Weißenburgstraße

Die Zellerauer SPD begrüßt die mittlerweile umgesetzte Entscheidung des zuständigen Stadtratsausschusses, die Weißenburgstraße zwischen Neunerplatz und Moscheeweg zur Fahrradstraße umzuwandeln und bekräftigte dies am 17. September nochmals vor Ort.

Diese Lösung trägt zur Förderung des Radverkehrs bei. Durch Tempo 30 wird auf diesem ganzen Abschnitt die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer erhöht, insbesondere im Bereich des AWO-Kindergartens „Kleiner Globus“, sowie die Lärm- und Abgasbelastung etwas reduziert. Zudem bleiben mit dieser Entscheidung alle Parkplätze entlang der Straße zwischen Sedanstraße und Moscheeweg erhalten.

Die Zellerauer SPD hat sich seit über einem Jahr gemeinsam mit vielen Anwohnerinnen



und Anwohnern für eine Lösung in diese Richtung und gegen den Entfall aller Parkplätze eingesetzt. Dieser Einsatz hat sich gelohnt. Ein sehr gutes Ergebnis konnte erreicht werden. ■

Bürgerentscheid am 24. Juli 2022

Parken auf der Talavera bleibt kostenfrei

Die SPD Zellerau-Mainviertel-Steinbachtal begrüßt das klare Ergebnis des Bürgerentscheids nachdem sie das Bürgerbegehren „Kostenfreies Parken auf der Talavera“ unterstützt und dazu aufgerufen hatte, am 24. Juli dafür zu stimmen. Eine Bewirtschaftung der Talavera hätte den bereits hohen Parkdruck in den angrenzenden Wohnstraßen zulasten der Anwohnerinnen und Anwohner weiter erhöht und zusätzlichen Parksuchverkehr ausgelöst.

Priorität muss der Ausbau des ÖPNV in Zusammenarbeit mit dem Landkreis haben um eine bessere Erreichbarkeit der Stadt mit dem ÖPNV, insbesondere für Berufstätige, zu erreichen. Dazu gehört die Schaffung von Park & Ride-Plätzen außerhalb des Würzburger Talkessels, mit einem attraktiven und leistungsfähigen ÖPNV-Anschluss. Dies auch perspektivisch mit S-Bahn-Linien beispielsweise nach Höchberg und nach Zell. ■

Am 29. 7. 2022 wurden im Rahmen einer Feier der Würzburger SPD 21 Mitglieder unseres Ortsvereines für ihre langjährige Mitgliedschaft geehrt:

10 Mitglieder für 25 Jahre,

4 Mitglieder für 40 Jahre und

7 Mitglieder für 50 Jahre Mitgliedschaft.

Unter den geehrten Mitgliedern waren die langjährigen Stadträte Gisela Pfannes und Prof. Dr. Werner Noll sowie der langjährige Stadtrat und Landtagsabgeordnete Rainer Boutter.

Herzlichen Glückwunsch!

Drittes Entlastungspaket auf den Weg gebracht

Das Paket mit einem Gesamtvolumen von mehr als 65 Mrd. € umfasst im Wesentlichen folgende Maßnahmen:

Strompreisbremse für den Basisverbrauch

Sie wird Haushalte bei den Strompreisen entlasten. Für den Wärmesektor strebt die SPD einen Gaspreisdeckel an.

Abschöpfung von „Zufallsgewinnen“ bei Energiefirmen

Zur Finanzierung der Strompreisbremse wird eine Erlösobergrenze für Stromerzeuger, die für die Stromproduktion nicht auf das derzeit sehr teure Gas angewiesen sind, eingeführt.

Senkung der Umsatzsteuer auf Gas

Die Umsatzsteuer auf den Gasverbrauch wird zur Entlastung bis Ende März 2024 von 19 auf 7 Prozent gesenkt.

Entlastung beim CO₂-Preis

Die ab 2023 geplante Erhöhung des CO₂-Preises um 5 € pro Tonne wird auf 2024 verschoben. Auch die Folgeschritte 2024 und 2025 verschieben sich um ein Jahr.

Einmalzahlungen

Zum 1. Dezember 2022 erhalten **Rentnerinnen und Rentner** eine Energiepreispauschale in Höhe von 300 €. **Studierende und Fachschülerinnen und Fachschüler** erhalten eine Einmalzahlung in Höhe von 200 €. Zudem wird noch in 2022 einmalig ein weiterer **Heizkostenzuschuss** an Bezieherinnen und Bezieher von Wohngeld ge-

zahlt: 415 € für einen 1-Personen-Haushalt, 540 € für zwei Personen, für jede weitere Person zusätzlich 100 €.

Mieterschutz

Der Schutz für Mieterinnen und Mieter, die ihre Betriebskosten nicht sofort zahlen können, wird verbessert. Strom- und Gassperren werden verhindert.

Nahverkehrsticket

Für eine Nachfolgeregelung für das 9 €-Ticket stellt die Bundesregierung 1,5 Mrd. Euro für eine gemeinsame Finanzierung mit den Ländern zur Verfügung. Ziel ist ein Ticket von etwa 49 bis 69 € pro Monat.

Einkommensteuer-Entlastung

Ab 2023 werden die kalte Progression durch eine Änderung des Tarifverlaufs abgebaut, die volle Absetzbarkeit der Rentenbeiträge vorgezogen eingeführt und die Homeoffice-Pauschale entfristet und auch auf Beschäftigte ohne eigenes Arbeitszimmer zuhause ausgeweitet. Einmalig sind zusätzliche Zahlungen von Arbeitgebern bis 3.000 € steuer- und abgabenfrei.

Hilfen für Unternehmen

Die Hilfsprogramme für Unternehmen und die Entlastungen für energieintensive Unternehmen werden verlängert. Zur Sicherung der Beschäftigung in den Betrieben werden die Sonderregelungen für den erleichterten Zugang zum Kurzarbeitergeld verlängert.

Erhöhung des Kindergelds

Ab 2023 wird das Kindergeld für das erste und zweite Kind um 18 € erhöht. Der Höchstsatz beim Kinderzuschlag wird auf 250 € im Monat angehoben.

Bürgergeld ersetzt Hartz IV

Hartz IV (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) wird ab 2023 in ein Bürgergeld mit mehr Respekt und mehr Qualifikation umgewandelt. Durch eine zeitnähere Berücksichtigung der Inflation werden die Regelsätze erhöht, für Alleinstehende auf etwa 500 €.

Wohngeldreform

Ab 2023 wird der Kreis der Wohngeldberechtigten deutlich erweitert. Das Wohngeld

wird zudem dauerhaft eine Klima- und Heizkostenkomponente enthalten.

Weiteres

Unter anderem wird die **Absenkung der Umsatzsteuer in der Gastronomie auf 7 Prozent verlängert** und die Bundesregierung wird die international vereinbarte **Mindestbesteuerung für internationale Unternehmen** national umsetzen. ■

**Olaf Scholz: „Deutschland steht zusammen in einer schwierigen Zeit.“
Die Entlastungspakete sind ein Erfolg für Olaf Scholz und die SPD.
Soziale Politik in schwierigen Zeiten.**

Zwei Entlastungspakete seit Februar

Die Bundesregierung stellte seit Februar zwei Entlastungspakete in Höhe von rund 30 Mrd. € aufgestellt, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der gestiegenen Kosten vor allem für Energie und Mobilität abzufedern.

Neben der **befristeten Absenkung der Energiesteuer** auf Kraftstoffe und der befristeten **ÖPNV-Ticket für 9 € pro Monat** von Juni bis August wurde zum 1. Juli 2022 die **EEG-Umlage** (3,7 Cent Ökostromumlage pro Kilowattstunde Strom) **abgeschafft** und ein einmaliger **Heizkostenzuschuss** für die Heizperiode 2021/2022 an Haushalte mit kleinen Einkommen ausbezahlt.

Im Juli 2022 wurde ein einmaliger **Familienzuschuss von 100 €** pro Kind **ergänzend**

zum Kindergeld ausbezahlt. Seit **Juli 2022** erhalten **Familien mit von Armut betroffenen Kindern** einen **Sofortzuschlag**. Und wer Arbeitslosengeld II, Grundsicherung oder Sozialhilfe bezieht, bekam einen einmaligen **Zuschuss von 200 €**.

Für **Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** wurden bereits **rückwirkend zum Jahresbeginn 2022** der Arbeitnehmerpauschbetrag (Werbekostenpauschale), der Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer und die Pauschale für Fernpendler ab dem 21. Kilometer zur Arbeit erhöht. Zudem erhalten **alle** einkommensteuerpflichtigen **Erwerbstätigen** einmalig eine **Energiepreispauschale von 300 €**, sie wurde vom Arbeitgeber als Zuschuss zum Gehalt mit der Gehaltsabrechnung im **September 2022** ausbezahlt, bei Selbständigen wurde stattdessen die Steuervorauszahlung gesenkt. ■

Wohnen. Bezahlbar. Nachhaltig.



Auf Einladung der Zellerauer SPD diskutierten Bundestagsabgeordneter Markus Hümpfer und Hans Sartoris, Geschäftsführer der Stadtbau Würzburg GmbH, am 6. Mai in der Gaststätte „L'Aquila“ mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern über die Schaffung von Wohnraum, die Erreichung der Klimaschutz-Ziele und bezahlbares Wohnen bei steigenden Energiepreisen.

Die Wohnungsmieten auf dem freien Markt sind in den letzten Jahren in Städten und städtischen Ballungsräumen erheblich angestiegen, auch in Würzburg. Markus Hümpfer erläuterte das Ziel der Bundesregierung, jährlich 400.000 neue Wohnungen, davon 100.000 im geförderten Sozialwohnungsbau, in Deutschland zu bauen um ausreichend Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Er bezeichnete dieses Ziel als ambitioniert, war sich aber sicher, dass „wir in die Nähe der 400.000 kommen werden“

Auch die Themen Nachverdichtung (Schließen von Baulücken), Nutzung ungenutzter Gebäude sowie Umbau bestehender Gebäude wurden diskutiert. Alexander Kolbow, Vorsitzender

der SPD-Stadtratsfraktion, sah hier in Würzburg ein nicht unerhebliches Potenzial zur Schaffung von Wohnraum.

In den Jahren 2020 und 2021 überschritt der Gebäudesektor als einziger Sektor zweimal in Folge die erlaubte Jahresemissionsmenge gemäß Bundes-Klimaschutzgesetz und verfehlte damit die Zielsetzung zur Reduzierung des Ausstoßes klimaschädlicher Treibhaus-

gase. Einigkeit bestand bei der großen Bedeutung von energieeffizientem Bauen und energetischer Sanierung des Altbestandes.

Hans Sartoris sah es als sehr große Herausforderung, hohe Investitionen in Energieeffizienz und Klimaschutz sowie bezahlbare Mieten und Nebenkosten bei steigenden Energiepreisen und gleichzeitig steigenden Baupreisen miteinander in Einklang zu bringen. Er forderte eine gezielte Wohnbauförderung und sah die Notwendigkeit, Menschen mit geringerem Einkommen gezielt zu entlasten.

Seine wichtigste Forderung an die Politik war die Herstellung von Planungssicherheit für die Wohnungswirtschaft durch Klarheit bei der Energieeffizienz-Förderung durch den Bund, sowohl für Neubauten als auch für die energetische Gebäudesanierung und Modernisierung. Zusätzlich wies er zur Berücksichtigung durch die Politik darauf hin, dass in Würzburg der höchste CO₂-Ausstoß nicht im Bereich der Mehrfamilienhäuser und Wohnblöcke festzustellen sei, sondern in Villenvierteln und im Einfamilienhaussegment. ■

Winterleitenweg: Mit weiterer Verkehrsberuhigung zur „autofreien Stadt“?

Den Anwohnerinnen und Anwohnern des Winterleitenwegs will die Stadt Würzburg im Zuge einer weiteren Verkehrsberuhigung durch neue wechselseitige Parkmarkierungen eine Reduzierung der Durchfahrtsgeschwindigkeit verkaufen. Bei Radarmessungen in dieser Durchfahrtsstraße nach Höchberg waren im Zeitraum der Messung 14,5 % der Fahrzeuge schneller als 30 km/h unterwegs, die große Mehrheit hielt sich an die bestehende Geschwindigkeitsbegrenzung.

Dieser einzige Vorschlag der zuständigen Behörde würde die schon jetzt angespannte Parksituation durch den Wegfall einer erheblichen Anzahl an Parkmöglichkeiten verschärfen und die meisten Anwohnerinnen und Anwohner verärgern. Mangels Alternativen sind viele auf ihr Fahrzeug angewiesen, für Einkäufe oder den Weg zur Arbeitsstelle. Sicherlich gibt es auch Radfahrende, aber ein nicht ge-

ringer Teil ist aufgrund Alter oder Krankheit nicht in der Lage, mit dem Fahrrad alle nötigen Fahrten zu erledigen.

Bei behördlichen Ortsterminen wurden die Argumente der Anwohnerinnen und Anwohner sowie alternative Vorschläge zwar gehört, aber ignoriert. Das heißt, der Vorschlag der Behörde soll umgesetzt werden. Wozu dann diese Termine? Wenn Bürgerbeteiligung erwünscht ist, sollte diese bei der Stadt auch Gehör finden.

Die Stadtteil-SPD fordert den Stadtrat und die zuständige Behörde auf: Nicht Gegen sondern Mit den Bürgern! Die Stadtteil-SPD wird dranbleiben.

Einen Fußüberweg über die Leistenstraße auf Höhe Schöllhammerweg, vor allem für mehr Sicherheit auf dem Weg zur Schule, hält die Stadtteil-SPD wie viele Bürgerinnen und Bürger unverändert für dringlich. Bei der Stadt ist in dieses Thema mittlerweile Bewegung gekommen. ■

Übrigens ...

... wir von der SPD Zellerau-Mainviertel-Steinbachtal lehnen unverändert die unsinnige Entscheidung der bayerischen Staatsregierung ab, das Staatsarchiv nach Kitzingen zu verlegen! Eine andere Behördenverlagerung hätte Kitzingen mehr Chancen ermöglicht und den Archiverbund in Würzburg nicht geschwächt.

... wir fordern eine Nachbepflanzung der Bäume in der Sedan- und Hartmannstraße! Die Stadt hat dies schon eingepplant.

Wir gratulieren!

Im 2. und 3. Quartal 2022 gratulieren wir unseren folgenden Mitgliedern zu runden Geburtstagen:

Volker Reinhardt – 65 Jahre

Jens Kulicke – 70 Jahre

Renate Boutter – 75 Jahre

Manfred May – 75 Jahre

Herzlichen Glückwunsch!



BAföG erhöht und ausgeweitet

Zum 1. August 2022 ist die Reform des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) in Kraft getreten. Zum Schuljahresbeginn und zum Wintersemester 2022/2023 sind die BAföG-Sätze und die Freibeträge auf das Einkommen der Eltern gestiegen. Dadurch erhöht sich die Anzahl der Förderberechtigten.

Die Bedarfssätze sowie der Wohnkostenzuschlag wurden deutlich erhöht. Der Förderungshöchstsatz einschließlich Wohnkostenzuschlag ist damit um über 8 Prozent auf 934 Euro gestiegen.

Die Freibeträge auf das Elterneinkommen der BAföG-Geförderten wurden deutlich angehoben. Das Einkommen von verheirateten Elternteilen wird damit erst ab 2.415 Euro auf den BAföG-Anspruch des Kindes angerechnet, von alleinstehenden Elternteilen ab 1.605 Euro, zuzüglich 730 Euro je unterhalts-

berechtigtem Kind. Das erweitert den Kreis der Anspruchsberechtigten deutlich.

Die Altersgrenze zu Beginn der förderungsfähigen Ausbildung wurde auf 45 Jahre angehoben damit lebensbegleitendes Lernen mit BAföG möglich ist und Menschen, die vorher bereits berufstätig waren, noch ein Studium aufnehmen und BAföG erhalten können.

Die SPD will aber darüber hinaus das BAföG weiterentwickeln. Noch für diese Wahlperiode ist eine große Strukturreform des BAföG im Koalitionsvertrag vereinbart. Eine Absenkung des Darlehensanteils und die Einführung einer elternunabhängigen Basisförderung für alle volljährigen Studierenden über die neue Kindergrundsicherung sind dabei unter anderem die Ziele.

Unabhängig von der Herkunft soll Chancengleichheit in der Bildung gelten, das ursprüngliche Ziel, mit dem die SPD-geführte Bundesregierung 1971 das BAföG eingeführt hatte. ■

Unser Landtagsabgeordneter Volkmar Halbleib

volkmar.halbleib@bayernspd-landtag.de



Bürgerbüro
Sammelstr. 46R
97070 Würzburg
☎ 59384
www.volkmar-halbleib.de

Mehr Infos unter: spd-zellerau.de

Impressum: SPD Zellerau, Satz: Elstersatz,
Vi.S.d.P. Klaus Friedrich Wildflecken
Weißenburgstraße 3 Druck: bonitasprint,
97082 Würzburg Würzburg
Auflage: 9700

Versprochen – Gehalten.

12 Euro Mindestlohn seit
1. Oktober 2022

Sie wollen sich

engagieren, einmischen, mitreden?
Fortschrittliche Politik unterstützen,
mitgestalten?

In der SPD kann man mitmachen
und Mitglied werden.

www.spd.de